

Haushaltsrede der Fraktion Bündnis90/Die Grünen 2021

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,
meine Damen und Herren!**

Wir, die GRÜNEN in Verl, freuen uns besonders, dass wir nach der Kommunalwahl 2020 als zweitstärkste Fraktion im Verler Rat vertreten sind.

Wir fühlen uns bestätigt, dass wir mit unseren Kernthemen für mehr Klimaschutz und für eine ausgewogene Politik für mehr Gemeinwohl im Meinungstrend unserer Zeit liegen.

Zu Beginn meiner heutigen Rede zur Haushaltsverabschiedung, als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN, möchte ich zunächst der Verwaltungsführung durch Bürgermeister Herrn Esken sowie den Beigeordneten Herrn Schönauer und Herrn Herbst unseren Dank für die im zurückliegenden Jahr gemeisterten besonderen Herausforderungen im Rahmen der Corona Pandemie ausdrücken.

Unser Dank gilt aber selbstverständlich auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Verl.

Die organisatorische Bewältigung der Corona Pandemie stellt außerordentliche Anforderungen und ist deshalb eine besondere Leistung.

Trotz der noch andauernden Corona Pandemie sorgen die bisherigen Gewerbeeinnahmen und auch Rücklagen aus der Vergangenheit weiterhin dafür, dass sich die Stadt Verl Investitionen leisten kann, um die sie andere Kommunen nur beneiden können.

Hierzu gehören beispielsweise die Gesamtschulerweiterung mit Veranstaltungsraum, der Hallenbadneubau, das Freizeitgelände am Freibad und das Feuerwehrgerätehaus Sürenheide.

Dennoch müssen neue Projekte stets kritisch auf Kosten-Nutzen und auch auf Nachhaltigkeit im Hinblick auf den Klima- und Umweltschutz geprüft werden.

Hohe Gewerbesteuererinnahmen dürfen uns nicht leichtsinnig machen.

Nicht zuletzt müssen unsere Bürgerinnen und Bürger diese Projekte mittragen, nicht nur durch ihre Steuergelder, sondern auch mit Überzeugung.

In den nachfolgenden Punkten möchte ich nun sechs Arbeitsschwerpunkte von uns GRÜNEN mit Bezug zum Haushaltsentwurf etwas detaillierter erläutern:

1. Meine Damen und Herren, wir können uns alle sicherlich noch gut daran erinnern, als die Spitzenvertreter der Fraktionen im August des letzten Jahres, kurz vor der Kommunalwahl, auf den Stufen zur Bürmschen Wiese befragt wurden, wie sie sich die zukünftige Nutzung des alten Bauhofgrundstückes vorstellen.

Es bestand weitgehend Einigkeit darüber, dass dort zukünftig Wohnraum entstehen sollte, möglichst bezahlbarer Wohnraum, Wohnraum in moderner Bauweise sollte sichtbar werden, Wohnraum auf diesem über 5.000m² großen Grundstück mitten in der Stadt, der auch neue Impulse für eine ganzheitliche Stadtentwicklung im Innenstadtbereich geben würde.

Nun - wenige Monate später - wissen wir was da geplant ist.

Statt Wohnbebauung ist dort ein Getränkemarkt geplant!

Man fragt sich verwundert „Warum, was ist passiert?“

Die Geschäfte des Nahversorgungszentrums neben dem Grundstück des alten Bauhofs möchten ihre Verkaufsflächen erweitern, um sich allgemeinen Markttrends anzupassen.

Die langwierigen schwierigen Verhandlungen mit allen beteiligten Akteuren haben am Ende nur eine Lösung ergeben.

Und die bedeutet, dass das Nahversorgungszentrum mehr Fläche und dafür das Grundstück des alten Bauhofs benötigt.

Eine mehrgeschoßige Bauweise oder eine Tiefgarage, um keine weitere Fläche in so zentraler Lage zu beanspruchen, sei zu teuer, heißt es weiter.

Die Planung nur mit dem Getränkemarkt auf dem alten Bauhofgelände sei alternativlos, wird abschließend gesagt.

Wir GRÜNEN meinen, dass hier noch nicht alle möglichen Kompromisslösungen ausgelotet wurden und haben daher eine Bürgerbeteiligung beantragt, bevor weitreichende Entscheidungen getroffen werden.

Zudem zeigte sich hier schnell, dass dies Vorhaben auf dem alten Bauhofgelände offenbar nicht nur Begeisterung, sondern - wie zahlreiche Leserbriefe gezeigt haben - auch gegenteilige Reaktionen in der Bevölkerung hervor gerufen hat.

Denn auch viele Bürger haben sich an dieser exquisiten Stelle in der Nähe des Stadtzentrums eine vielfältigere Nutzung als nur durch einen Getränkemarkt gewünscht, mehr Aufenthalts- und Erlebnisqualität sollte es doch auch sein.

Leider wurde unser Antrag auf Bürgerbeteiligung von allen anderen Fraktionen im Rat abgelehnt.

Ich möchte hier die Gelegenheit nutzen und alle Fraktionen aufrufen:

Überdenken Sie ihre Position, zeigen Sie Mut!

Lassen Sie uns die Bürgerinnen und Bürger einbeziehen.
Geben Sie den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit am Entscheidungsprozess mitzuwirken.

Die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger lässt einerseits die Möglichkeit zu, dass neue Aspekte den Entscheidungsprozess bereichern.

Und schließt gleichzeitig die Möglichkeit nicht aus, dass die jetzt vorgestellte Planung in der Bürgerschaft breitbandig Akzeptanz finden wird, wenn die Gründe hinreichend erklärt werden.

Vertrauen in Politik und Parteien ist elementarer Bestandteil unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts, ist Teil unseres gemeinsamen Wertesystems.

Weiterhin ist mehr Transparenz gerade heute wichtig, um verlorengegangenes Vertrauen in die Politik wieder aufzubauen.

2. Meine Damen und Herren, die großen Gefahren, die der Klimawandel mit sich bringt, sollten uns allen bekannt sein.

Wir müssen schnellstmöglich den Anstieg der Durchschnittstemperaturen auf der Erde begrenzen. Erforderlich ist die sofortige und konsequente Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen.

Denn ansonsten werden die nächsten Generationen die Leidtragenden sein, wenn Extremwittersituationen, wie beispielsweise Stürme und Hitzeperioden, immer häufiger verheerenden Einfluss auf ihr Leben nehmen.

Auch als Stadt sind wir in der Pflicht.

In Verl wurden in der Vergangenheit schon mehrere gute und sinnvolle Maßnahmen zum Klimaschutz umgesetzt und weitere erfolgversprechende Projekte sind in Arbeit.

Klimaneutralität soll nicht nur eine unklare Vision sein.

Klimaneutralität muss das klare und eindeutige Ziel sein, auch in Verl.

Wie viel Emissionen erzeugen wir als Stadt?

Welchen Beitrag leisten die aktuellen Maßnahmen, wie beispielsweise die Fernwärme?

Wie weit sind wir in Verl von Klimaneutralität entfernt?

Welche weiteren Maßnahmen sollten wir in Verl weiterhin ergreifen?

Diese Fragen muss das von uns beantragte neue Klimaschutzkonzept klären.

Und wir bitten dringend darum, dass Verwaltung und Bürgermeister die zeitnahe Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes engagiert unterstützen.

Weiterhin ist eine gelingende Energiewende mit Abkehr von fossilen Energieträgern hin zu den regenerativen Energieträgern Voraussetzung, um die Erderwärmung zu begrenzen.

So ist Kohlestrom nicht nur schlecht fürs Klima, er schadet auch der Umwelt.

Kohlekraftwerke belasten unsere Atemluft bei der Stromproduktion massiv mit Feinstaub und Schwermetallen, wie beispielsweise Quecksilber.

Die Verwendung von Ökostrom kann dabei ein wesentlicher Beitrag zum Klima- und auch zum Umweltschutz sein.

Diesen Beitrag können wir lokal leisten und es sollte auch im Interesse unserer Stadt sein, dies zu fördern.

Im Januar des letzten Jahres stellte unsere Fraktion den Antrag, die Stadt Verl möge auf das städtische Unternehmen Stadtwerk Verl einwirken, ab dem Jahr 2023 ausschließlich Ökostrom anzubieten.

Doch dieser Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FWG und FDP abgelehnt.

Wir GRÜNEN sind der Meinung, dass sich unsere Stadt nicht glaubhaft für den Klimaschutz einsetzt, solange sie gleichzeitig über das Stadtwerk Verl mit dem Handel von Kohle- und Atomstrom Geschäfte macht.

3. Meine Damen und Herren, einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz kann aus Sicht der GRÜNEN die Verkehrswende leisten – weg vom motorisierten Verkehr und hin zu mehr Radverkehr.

Das Radverkehrsaufkommen ist in den letzten Jahren stetig gestiegen – allein in Verl ist der Anteil bei der Verkehrsmittelwahl (Modal Split) in den letzten Jahren von 10 % auf 20 % geklettert.

Einen weiteren Anstieg zu prognostizieren, fällt nicht schwer.

Denn Radfahren ist gesund, eröffnet vielseitige Mobilitätschancen und wirkt sich positiv auf die Energie- und Flächeneffizienz aus.

Zudem wird der Radverkehr zukünftig schneller werden, vor allem durch die zunehmende Nutzung von Elektrofahrrädern.

Dies verlangt nach Anpassungen und neuen Qualitäten der Verkehrsinfrastruktur.

Dem Vorbild einiger europäischer Länder folgend, werden auch in Deutschland mittlerweile Radschnellwege diskutiert und bereits gebaut.

Radschnellwege ermöglichen ein zügigeres und gefahrloseres Fahren über längere Distanzen.

Wir GRÜNEN hatten Anfang 2020 einen neu zu bauenden Radschnellweg Verl - Gütersloh vorgeschlagen.

Der entsprechende Antrag der GRÜNEN war jedoch von der CDU abgelehnt worden.

Jetzt lesen wir, dass Bürgermeister Esken über einen Radschnellweg nach Hövelhof nachdenkt. Gerne unterstützen wir auch dies.

Zu bedenken ist allerdings, dass Verl zentralörtlich gesehen in erster Linie nach Gütersloh hin orientiert ist.

Wir möchten anregen, unseren Antrag aus dem Jahr 2020 zu einem Radschnellweg Verl - Gütersloh vor dem Hintergrund der aktuellen Mobilitätswende neu zu bewerten.

4. Meine Damen und Herren, viele von Ihnen haben bestimmt schon mal von der „Essbaren Stadt“ gehört.

Die Stadt Andernach am Rhein gilt seit 2008 als Vorreiter der „Essbaren Stadt“ und zahlreiche Städte haben dieses erfolgreiche Konzept inzwischen aufgegriffen und es je nach ihren Gegebenheiten umgesetzt, in nächster Nähe z.B. die Stadt Warendorf.

Das Konzept „Essbare Stadt“ sieht vor, an verschiedenen Stellen mitten in der Stadt Hochbeete aufzustellen und dort beispielsweise Gemüse, Kräuter oder Obst zu pflanzen.

Der wesentliche Unterschied zu sonstigen Bepflanzungen an öffentlichen Orten ist, dass sich dort Bürgerinnen und Bürger um die Bepflanzung, Pflege und Ernte kümmern und nicht Mitarbeiter vom Bauhof, wie es sonst üblich wäre.

Ein Schild am Hochbeet informiert über das Projekt und weist auf die „Ernte für alle“ hin.

Dadurch werden Teile der Stadt in eine grüne Umgebung verwandelt, die offen ist für alle und auch als kommunikativer Treffpunkt in der Stadt dienen kann.

Leider wurde unser Antrag von der CDU abgelehnt.

Das Konzept sei nicht vollständig, hieß es.

Diese Begründung ist für uns nicht nachvollziehbar.

Zum einen wurde das Konzept vorher mit dem Bauhof abgestimmt.

Und weiterhin ist es durchaus üblich, dass gute Ideen, die in Anträgen nicht vollständig ausformuliert sind, in Zusammenarbeit mit der Verwaltung oder durch die Verwaltung ergänzt werden, sofern die grundsätzliche Idee Akzeptanz findet.

Hier scheint die CDU nun mit zweierlei Maß zu messen.

CDU-eigene Anträge werden zusammen mit der Verwaltung weiterentwickelt (Stichwort „Webkaufhaus“).

Während Anträge von anderen Fraktionen ideologischen Befindlichkeiten zum Opfer zu fallen scheinen.

Hier wünschen wir uns von der CDU als Mehrheitsfraktion zukünftig wieder mehr Augenmaß.

5. Meine Damen und Herren, auch Menschen mit Behinderung bedürfen größerer Aufmerksamkeit.

Wir alle wissen, dass die Stadt Verl an vielen Stellen nicht barrierefrei bzw. behindertenfreundlich ist.

Wir freuen uns deshalb besonders, dass alle im Rat vertretenden Fraktionen im Haupt- und Finanzausschuss (HFA) unseren Antrag auf die Einrichtung einer Stelle für eine/einen Behindertenbeauftragte(n) mit großer Zustimmung diskutiert haben.

Umso überraschter waren wir andererseits, als im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen (STEB) unser Antrag zur Beseitigung einer Gefahrenstelle auf der Bürmschen Wiese von der Mehrheitsfraktion mit Hohn und Spott überzogen wurde.

Schließlich haben wir den Antrag nicht aus dem Nichts gestellt, er basiert vielmehr auf Erfahrungen und Argumenten der GVV Kommunalversicherung, die in einem Schreiben an die Stadt Verl eindeutig empfohlen hatte, die Gefahrenquelle ohne großen Aufwand durch eine Bodenaufschüttung zu beseitigen.

Wir meinen, dass eine sachlichere Auseinandersetzung zukünftig wieder im Fokus unserer gemeinsamen politischen Arbeit stehen sollte, auch wenn wir ideologisch bedingt unterschiedliche Schwerpunkte haben.

6. Meine Damen und Herren, zum Schluss meiner Rede möchte ich noch auf den vorliegenden Regionalplanentwurf eingehen.

Wir Grünen lehnen insbesondere die Ausweisung einer Gewerbeentwicklungsfläche mit regionaler Bedeutung nördlich der A2 (Interkommunales Gewerbegebiet) in der Pausheide ab.

Gegenwärtig stellt dieser Naturraum einen wichtigen Puffer dar zwischen der Autobahn A2 und dem Naturschutzgebiet Große Wiese.

Denn die naturnahen Flächen in der Pausheide haben ein hohes Potenzial als Naturschutzgebiet, weil sie in unmittelbarer Nähe des Naturschutzgebiets Große Wiese liegen.

Die Ausweisung eines Interkommunalen Gewerbegebietes nördlich der Autobahn A2 (Gebiet Pausheide) im Umfang von 124,1 ha würde den Ausgleich von Natur, Gewerbe, Wohnen, Erholung in empfindlicher Weise stören.

Aus Verantwortung der Umwelt gegenüber macht es keinen Sinn, jetzt auch die allerletzten, überhaupt noch zur Verfügung stehenden größeren Flächen der Einseitigkeit einer Gewerbenutzung zuzuführen.

Die Ausweisung dieser riesigen Gewerbeflächen mit regionaler Bedeutung (Interkommunale Gewerbegebiete) würde in diesem Fall ganz allein schützenswerte Naturflächen auf Verler Gebiet betreffen.

Eine andere beteiligte Kommune würde an dieser Stelle zwar Gewerbeflächen erhalten, aber selbst keine eigenen Flächen zur Verfügung stellen. Dies kann doch nicht im Interesse der Verler Bürgerinnen und Bürger sein.

Weiterhin weist der dem Regionalplanentwurf anliegende Umweltbericht u.a. ausdrücklich darauf hin, dass das Plangebiet „Pausheide“ innerhalb von thermischen Ausgleichsräumen mit überörtlicher Bedeutung liegt.

Zusammenfassend bewertet der Umweltbericht die Auswirkungen durch ein Gewerbegebiet in der Pausheide als erheblich.

Darüber hinaus wird von der CDU auch noch ein zusätzlicher Autobahnanschluss gefordert.

Die bestehende Wohnsiedlung in der Pausheide wäre von einem Autobahnanschluss direkt betroffen.

Ein solcher zusätzlicher Autobahnanschluss könnte nicht ohne erhebliche Belastungen der Anwohnerinnen und Anwohner in der Siedlung Pausheide realisiert werden.

Der Kreis Gütersloh warnt in seiner Stellungnahme vom 15.2.2021 zum Regionalplanentwurf im Hinblick auf die Flächenversiegelung bereits, dass aufgrund der aktuell geplanten Versiegelungen im Kreis ca. 3.000.000 m³ weniger Grundwasser pro Jahr neu gebildet wird.

Doch offenbar weckt der Regionalplanentwurf Begehrlichkeiten und suggeriert CDU und auch FDP, dass Grund und Boden in beliebiger Größe zugebaut werden können, ohne dass gleichzeitig unsere eigenen Lebensgrundlagen dabei zerstört werden.

Meine Damen und Herren, die Erdoberfläche mit ihrem Grund und Boden ist nicht vermehrbar.

Der Verbrauch von Fläche im Sinne von „zubauen“ muss daher sorgfältig bedacht sein und unseren Bedarf auf Wohn- und Arbeitsfläche ebenso berücksichtigen wie die Notwendigkeit Flächen mit intakter Natur zu erhalten, auf die wir als Lebensgrundlage nicht verzichten können.

Nur wenn wir ausgewogen und sensibel bei diesen Entscheidungen vorgehen und sehr sparsam mit den noch vorhandenen Flächen umgehen, haben auch die nachfolgenden Generationen Handlungsspielräume zum eigenen Gestalten.

Nicht einzusehen ist daher auch, dass auf Wunsch der CDU außerdem der Regionale Grünzug im Westen Verls zurückgenommen bzw. auf das kleinst-mögliche, fachlich begründbare Maß beschränkt werden soll.

Auch sollen sich die dargestellten Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) im Bereich des Verler Sees und der Bachläufe der Stadt Verl auf die direkt an die Gewässer grenzenden Flächen beschränken und dafür ebenfalls nur die kleinst-mögliche, fachlich begründbare Fläche ausgewiesen werden.

Dabei ist der Regionale Grünzug doch essentiell als Klimaschneise, zur Grundwasserneubildung und als Rückzugs- und Austauschgebiet für Pflanzen und Tiere.

Die aktuellen Vorschläge der CDU zum Regionalplan halten wir insgesamt für völlig überzogen, unausgewogen sowie teilweise umwelt- und klimaschädlich.

Wir lehnen die Vorschläge daher ab.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zum Schluss meiner Rede.

Für die kommenden Aufgaben sichern wir gerne die konstruktive und sachorientierte Zusammenarbeit unserer Fraktion mit Rat, Verwaltung und dem Bürgermeister zu.

In dem Zusammenhang möchte ich auf den ausdrücklichen Wunsch meiner Fraktion hinweisen, dass zukünftig Entscheidungsvorlagen für Rat und Ausschüsse wieder konsequent mit ausreichendem zeitlichen Vorlauf zur Verfügung gestellt werden. Denn wenn Informationen erst kurz vor einer Sitzung zur Verfügung gestellt werden wie z.B. bei den Beratungen zum Regionalplanentwurf 2040, ist es gar nicht möglich, sich mit dem Thema angemessen auseinanderzusetzen.

Die Frage, ob wir dem Haushalt 2021 zustimmen, haben wir in unserer Fraktion Bündnis 90/Die Grünen intensiv und teilweise kontrovers diskutiert.

Abschließend sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass trotz einiger deutlicher Kritikpunkte der Haushalt insgesamt - in seinem ganzen Umfang - auch viele positive Elemente enthält, die wir unterstützen möchten.

Wir stimmen dem Haushalt in seiner Gesamtheit zu.

Für die umfängliche Aufstellung des Haushaltsentwurfs bedanken wir uns bei Herrn Schönauer und auch Herrn Pelkmann.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Thorsten Rohde

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen